

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

Sitzungstermin: Mittwoch, 05.10.2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:25 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzender:

Schulze Hessing, Mechtild Bürgermeisterin

CDU:

| | |
|--------------------------|------------------|
| Borchers, Harald | Stadtverordneter |
| Börger, Hubert | Stadtverordneter |
| Fellerhoff, Jürgen | Stadtverordneter |
| Flasche, Bernd | Stadtverordneter |
| Keller, Viktoria | Stadtverordnete |
| Klöpper, Hendrik | Stadtverordneter |
| Kohlruss, Günter | Stadtverordneter |
| Kranenburg, Marius | Stadtverordneter |
| Lansmann, Markus | Stadtverordneter |
| Niehoff-Elsing, Birgitta | Stadtverordnete |
| Nikolov, Nico | Stadtverordneter |
| Queckenstedt, Klaus | Stadtverordneter |
| Richter, Frank | Stadtverordneter |
| Rottbeck, Paul | Stadtverordneter |
| Stork, Günter | Stadtverordneter |
| Stumpf, Hubert | Stadtverordneter |
| Tautz, Jürgen | Stadtverordneter |
| Tubes, Mike | Stadtverordneter |

ab 17.50 Uhr (TOP 8)

SPD:

| | |
|-----------------------|------------------|
| Biela, Claudia | Stadtverordnete |
| Eggern, Dieter | Stadtverordneter |
| Fritz-Hummelt, Ulrike | Stadtverordnete |
| Grotzky, Hartmut | Stadtverordneter |

| | |
|---------------------|------------------|
| Kindermann, Evegret | Stadtverordnete |
| Kindermann, Kurt | Stadtverordneter |
| Niemeyer, Jürgen | Stadtverordneter |

UWG:

| | |
|-------------------------|------------------|
| Ebbing, Brigitte | Stadtverordnete |
| Koop, Stephan | Stadtverordneter |
| Spangemacher, Christoph | Stadtverordneter |
| Weddeling, Heinrich | Stadtverordneter |

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

| | |
|--------------------|------------------|
| Becker, Maja | Stadtverordnete |
| Gliem, Helga | Stadtverordnete |
| Martsch, Siegfried | Stadtverordneter |

Fraktionsloses Mitglied:

| | |
|---------------------|------------------|
| Nitsche, Bastian | Stadtverordneter |
| Westermann, Hartwig | Stadtverordneter |

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons
Schwane, Walter

Verwaltungsmitarbeiter/in:

| | |
|---------------------|----------------------|
| Kuhlmann, Jürgen | Techn. Beigeordneter |
| Lask, Markus | Fachbereichsleiter |
| Nießing, Norbert | Erster Beigeordneter |
| Rentmeister, Martin | Fachbereichsleiter |
| Schnelting, Alfons | Fachbereichsleiter |
| Thies, Christoph | Fachbereichsleiter |

Schriftführerin:

Wensing, Franziska

Es fehlen entschuldigt:

| | |
|---------------------|------------------|
| Aehling, Bernadette | Stadtverordnete |
| Böhr, Benjamin | Stadtverordneter |
| Kaiser, Michael | Stadtverordneter |
| Wingerter, Sigrid | Stadtverordnete |

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Besetzung der Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz
Vorlage: V 2016/163

- 4 Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Borken
anlässlich einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen
Vorlage: V 2016/206
- 5 Integrationskonzept für Flüchtlinge und Menschen mit
Migrationshintergrund der Stadt Borken
Vorlage: V 2016/185
- 6 Wohnraumkonzept für Flüchtlinge und Asylbewerber in der Stadt Borken
Vorlage: V 2016/201
- 7 Bebauungsplan BO 32 (Vennehof), 4. Änderung - Ergebnis der
Beteiligungsverfahren und Satzungsbeschluss
Vorlage: V 2016/189
- 8 Resolution - Anerkennung von Dohlen als jagdbares Wild / CDU-Antrag
Vorlage: V 2016/211
- 9 Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Tagespflegediensteinrichtung in Weseke an der Ballbahn

-

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Bürgermeisterin Schulze Hessing begrüßt zur Sitzung des Rates der Stadt Borken und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Ein **Bürger** bittet die Verwaltung um Prüfung, die Grünphase der Ampel Ecke Heidener / Mühlenstraße zu verlängern in Richtung Heidener Straße stadtauswärts.

Bürgermeisterin Schulze Hessing will prüfen lassen, wie der Verkehrsfluss sich verbessern lasse, und sagt Antwort über das Protokoll zu.

Stellungnahme der Verwaltung:

Technisch ist nach Auskunft des Landesbetriebes Straßen.NRW eine Verlängerung der Grünphase der beiden Fahrrichtungen auf der Heidener Straße möglich. Sie macht allerdings keinen Sinn, da die in Rede stehende Ampelanlage in "Grüner Welle" mit den weiteren Kreuzungsampeln der Heidener Straße (Duesbergstraße und Josefstraße) geschaltet ist. Der Verkehrsfluss würde demnach spätestens an der nächsten Ampelanlage durcheinander geraten und dort zu längeren Wartezeiten führen. Im Ergebnis käme das einer Problemverlagerung und keiner Problemlösung gleich.

**zu 3 Besetzung der Einigungsstelle nach dem
Landespersonalvertretungsgesetz
Vorlage: V 2016/163**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt:

Für die Besetzung der Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz werden bestellt

als Vorsitzender: Dr. Rainer Brackhane
als stellv. Vorsitzender: Dr. Marc Büning

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme mit:

34 Ja-Stimmen

**zu 4 Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Borken
anlässlich einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen
Vorlage: V 2016/206**

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, dass entsprechend der vorangegangenen Sitzungsbeschlüsse die Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung vorgeschlagen werde. Ergänzend sei bei Verstoß „das Gebot der Kastration und Kennzeichnung von Katzen gem. § 4 der Verordnung“ als Ordnungswidrigkeit“ aufzunehmen. **Erster Beigeordneter Nießing** stellt den entsprechenden Entwurf in der Sitzung vor. (Anlage 01) Damit werde geregelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig das Gebot zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht verletze, begehe eine Ordnungswidrigkeit.

Stv. K. Kindermann beantragt, auf Seite 3 Punkt 7 der Vorlage zu streichen. Hofkatzen seien kaum als solche klar zu identifizieren. Außerdem beantragt er eine Zeit der Evaluation.

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist darauf hin, dass über die Ausnahme zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Hofkatzen ausführlich beraten worden sei und man sich vorerst darauf verständigt habe. Man könne zwei Jahre nach Inkraftsetzung über die Erfahrungen erneut beraten.

Stv. K. Kindermann legt Wert darauf, dass auch die Entwicklung der Population ermittelt werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing will zu gegebener Zeit entsprechende Fakten vorstellen.

Stv. K. Kindermann erklärt, eine Zeitangabe zur Evaluation im Verwaltungsvorschlag nicht gefunden zu haben.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass die bisherige Beschlusslage zugrunde liege, im Protokoll festgehalten sei und entsprechend umgesetzt werde.

Stv. Ebbing erklärt, wenn § 7 nicht entfalle, werde ihre Fraktion nicht zustimmen.

Stv. Gliem kommt darauf zu sprechen, in welcher Form die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht veröffentlicht werde. Die Neuregelung solle nicht nur in der Tageszeitung, sondern als allgemeiner Flyer an jede/n Bürger/in verteilt werden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass die Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der Verwaltung betrieben werde.

Stv. Gliem meint, auch wenn ihre Fraktion gegen Abs. 7 sei, sei ein gemeinsamer Weg gefunden, der weiter zu verfolgen sei.

Stv. Niemeyer ist dafür, das Wort „zuvor“ in § 4 Abs. 4, 5. Zeile der Vorlage zu streichen, da es keinen Sinn mache. Er fragt, ob die vom Tierarzt registrierten Katzen nicht automatisch in einer Datenbank erfasst würden. Außerdem könne man Katzenhalter nicht verpflichten, einem Verein beizutreten.

Erster Beigeordneter Nießing weist darauf hin, dass die Registrierungspflicht nicht bedeute, dem Verein beitreten zu müssen.

Stv. E. Kindermann regt an, die Leitung von Seniorenheimen zu informieren, da ältere Menschen vielfach freilaufende Katzen füttern würden und ordnungsrechtlich belangt werden könnten.

Bürgermeisterin Schulze Hessing will im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit umfassend über die Hintergründe der Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht von Katzen informieren. Es gehe darum, einen Prozess einzuleiten, um die Katzenpopulation steuern zu können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt die vorgeschlagene Änderung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Borken“. Außerdem wird in § 13 „Ordnungswidrigkeiten“ der Absatz 3 a ergänzt. Zwei Jahre nach Inkraftsetzung soll eine Evaluation zur Ausnahme der Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen in landwirtschaftlichen Betrieben erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei:

30 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

**zu 5 Integrationskonzept für Flüchtlinge und Menschen mit
Migrationshintergrund der Stadt Borken
Vorlage: V 2016/185**

Bürgermeisterin Schulze Hessing ist froh, dass der Leitfaden zur Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger vorgestellt werden könne.

Stv. K. Kindermann erklärt, dass die Leitgedanken der Vorlage vom Städte- und Gemeindebund entsprechen würden. Hervorzuheben sei die Partizipation der Flüchtlinge und der bereits Sesshaften, die nur in der Präambel benannt sei. Der zweite Hinweis seien Erfolgs- bzw. Misserfolgsindikatoren z. B. wie viel Personen einen Schulabschluss erzielen würden.

Erster Beigeordneter Nießing geht auf den Hinweis zur Partizipation ein und verweist auf den Beschlussvorschlag mit einem möglichst breiten Beteiligungsprozess. Es sei bewusst, ein einfaches Konzept entwickelt worden. In einer großen Veranstaltung mit hier lebenden Flüchtlingen, Vereinen und Verbänden sollen Rückmeldungen gesammelt werden. Die Erfolgsindikatoren seien in den einzelnen Maßnahmen beschrieben.

Stv. Gliem bezeichnet das Konzept als sehr schlüssig und umfassend. Man befinde sich damit auf dem richtigen Weg.

Bürgermeisterin Schulze Hessing verweist auf die regelmäßige Evaluierung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt:

1. Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Borken beauftragt. An den als Anlage beigefügten Entwurf des Integrationskonzeptes soll angeknüpft werden.
2. Das Integrationskonzept soll im Rahmen eines möglichst breiten Beteiligungsprozesses erarbeitet werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass es allen Personen und Organisationen aus Borken, die sich an dem Prozess beteiligen wollen, ermöglicht wird, daran teilzuhaben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

34 Ja-Stimmen

**zu 6 Wohnraumkonzept für Flüchtlinge und Asylbewerber in der Stadt
Borken
Vorlage: V 2016/201**

Bürgermeisterin Schulze Hessing ergänzt den Beschlussvorschlag entsprechend der Empfehlung aus dem Ausschuss für Generationen, Soziales und Gesellschaftliche

Integration durch die weiterhin vorrangige dezentrale Unterbringung. Das Wohnraumkonzept sei nun sukzessive umzusetzen.

Stv. K. Kindermann spricht sich für eine dezentrale Unterbringung und gegen eine Teilkonzentration von Flüchtlingsunterkünften aus. Er fragt, wie auf dem freien Wohnungsmarkt eine entsprechende Lenkung und Steuerung zu ermöglichen sei.

Erster Beigeordneter Nießing hält eine gewisse Lenkung des Wohnungsmarktes für möglich. Neben der Schaffung von Wohnraum werde kurzfristig versucht, über die Anmietung von Wohnraum die räumliche Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu verbessern. Dabei werde darauf geachtet, den Borkener Wohnungsmarkt möglichst wenig zu belasten.

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist auf die Flüchtlingszahlen hin, die die Entwicklung verdeutlichen würden. (Anlage 02) Jetzt gelte es, das Konzept umzusetzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken nimmt das Wohnraumkonzept zustimmend zur Kenntnis. Im Rahmen der konkreten Planung und Ausgestaltung des Wohnraumkonzeptes sind zum späteren Zeitpunkt die zuständigen politischen Gremien zu beteiligen. Die Verwaltung wird in regelmäßigen Abständen über die Entwicklungen in Borken berichten. Die dezentrale Unterbringung soll unbedingt weiterhin Vorrang haben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

34 Ja-Stimmen

**zu 7 Bebauungsplan BO 32 (Vennehof), 4. Änderung - Ergebnis der
Beteiligungsverfahren und Satzungsbeschluss
Vorlage: V 2016/189**

Beschluss:

I Beschlüsse zu den Stellungnahmen

Der Hinweis der Deutsche Telekom Technik GmbH, Postfach 10 07 09, 44782 Bochum, Schreiben vom 15.08.2016 zu den unterirdische Telekommunikationslinien der Telekom wird berücksichtigt und in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen:

„In allen Straßen und Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung des Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen. Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter dem im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 5 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.“

Hinsichtlich evtl. geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrsingenieurwesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.“

Auf die Aufnahme in den Bebauungsplan kann verzichtet werden, da die Verkehrsfläche bereits vorhanden und ausgebaut ist. Im Rahmen von Umbaumaßnahmen wird die Deutsche Telekom Technik GmbH erneut beteiligt.

II Beschlüsse zum weiteren Verfahren

Die Begründung zum Bebauungsplan BO 32 (Vennehof), 4. Änderung, Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB vom 12.09.2016 wird beschlossen.

Der Bebauungsplan BO 32 (Vennehof), 4. Änderung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

34 Ja-Stimmen

zu 8 Resolution - Anerkennung von Dohlen als jagdbares Wild / CDU-Antrag Vorlage: V 2016/211

Stv. Börger erläutert den CDU-Antrag zur Resolution in Hinblick auf die Anerkennung von Dohlen als jagdbares Wild. Landwirte würden oft in Konflikt mit diesen Vogelarten geraten. Die Problematik auf dem Borkener Marktplatz sei allseits bekannt und darauf zurückzuführen, dass Dohlen keine natürlichen Feinde in unserer Region hätten und sich unkontrolliert vermehren würden. Auf den Feldern seien zu viele Krähen und Dohlen zu sehen und kaum noch Kiebitze. Vom Land NRW würden von März bis Mitte Mai die Brut der Kiebitze besonders geschützt. Dohlen würden ungehindert die Nester zerstören. Selbst Greifvögel hätten Scheu vor den Scharen von Dohlen. So bleibe keine Wahl, als das Jagdrecht auf Dohlen auszuweiten.

Stv. K. Kindermann erklärt, seine Fraktion werde der Resolution nicht zustimmen. Er geht davon aus, dass die derzeitige Verschmutzung des Marktplatzes der Grund für diesen CDU-Antrag sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist darauf hin, dass vorerst die Erstellung der Resolution beantragt sei. In heutiger Sitzung sei zu beraten, ob eine Resolution vorbereitet werden soll oder nicht. Die Resolution würde anschließend im Rat vorgestellt.

Stv. Martsch hat grundsätzlich Verständnis für diesen Antrag. Aber nicht nur die Dohlen, Stare und Tauben würden Schaden anrichten, sondern auch andere Tiere wie

z. B. Schnecken oder Eichhörnchen. So gebe es viele Beispiele, dass das Gleichgewicht in der Natur gestört sei. 2000 bis 2013 seien über 2.000 Insektenarten ausgestorben u. a. durch eine intensive Landwirtschaft. **Stv. Martsch** berichtet, über ein kurzes Gespräch mit dem Minister am Vormittag über die Änderung des Jagdgesetzes. Seine Fraktion halte die Resolution für aussichtslos und nicht notwendig und werde nicht zustimmen.

Auf entsprechende Frage von **Stv. Fritz-Hummelt** erklärt **Stv. Börger**, dass Dohlen die kleinste Krähenart seien. Elstern und Rabenkrähen dürften von August bis Februar gejagt werden. Zur Jagdausbildung gehöre es, Krähenarten zu unterscheiden.

Stv. Stork ergänzt, es sei des Jägers höchstes Gebot, nicht auf unbekannte Tier- und Vogelarten zu schießen. Am Borkener Marktplatz seien überwiegend Stare zu beobachten. Natürlich sei dort kein Jagdrecht auszuüben. Die dort lebenden Vögel zu vergrämen, könne nur richtig sein, damit sie in Außenbereiche ausweichen würden. Es sei höchste Zeit, das Jagdrecht auf Dohlen auszuweiten.

Stv. Niemeyer kann dem Antrag nicht zustimmen. Auch im Landtag werde das Jagdrecht sehr diskutiert. Mit einer Resolution mache man sich lächerlich.

Stv. E. Kindermann weist darauf hin, dass der Rückschnitt der Bäume am Marktplatz schon begonnen sei. Für künftige Begrünung sei darauf zu achten, dass Bäume nicht als Schlafplätze für Vögel genutzt würden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing merkt an, dass das Gleichgewicht in der Natur aus dem Lot geraten sei, was in diesem Sommer auf dem Marktplatz und auch in anderen Städten zu beobachten sei. So sei die Resolution breiter zu fassen, um Überpopulationen entgegenzuwirken. Auch die Katzenvermehrung versuche man unter Kontrolle zu halten. So seien grundsätzliche Überlegungen anzustellen, wie benachteiligte Populationen z. B. Singvögel geschützt werden könnten.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann berichtet, dass seit Dienstag die Platanen auf dem Marktplatz zurückgeschnitten würden, die daher nicht mehr als Schlafplatz zu nutzen seien. Am Brunnen, der Empore und vor Hollstegge würden drei großen Platanen stehen bleiben. Sobald die Stare nach Süden ziehen würden, löse sich das Problem. Dabei handele es sich nicht nur um Stare, sondern auch um Dohlen und Tauben. Im Rahmen der Planung Spielpunkt, sei darüber nachzudenken, wie man mit der Problematik umgehen und ggf. weitere Vergrämuungsmaßnahmen wie z. B. die Ansiedlung eines Turmfalken einleiten könne, was in Weseke nicht gelungen sei.

Stv. Fellerhoff stimmt den Ausführungen der Bürgermeisterin zu und spricht sich dafür aus, die Überlegungen zur Überpopulation in den heutigen Beschluss und die Resolution mit einfließen zu lassen.

Stv. Biela stimmt dem zu und weist in ihrer Eigenschaft als Biologin darauf hin, dass es andere Mittel und Wege gebe als die Vögel zu erschießen. So gebe es Futter, die eine Fortpflanzung verhindern würden. Sie meint, mit einer Resolution mache man sich lächerlich.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, es sei zu prüfen, ob derartiges Futter zulässig sei. Dies wäre eine Maßnahme, um die Population unter Kontrolle zu halten.

Stv. Ebbing betont, zur Dohlenplage sei das Wesentliche gesagt worden und der CDU-Antrag sei nicht zielführend. Ihre Fraktion könne dem Antrag nicht zustimmen.

Stv. Richter erläutert, dass der Antrag für eine Resolution zu einer sehr lebhaften Diskussion geführt habe. Auch in der Vergangenheit sei es nicht lächerlich gewesen, dass Rabenvögel wieder Jagdwild geworden seien. In heutiger Sitzung gehe es um den Beschluss, ob die Verwaltung ein Resolutionspapier erstellen solle. Es sei bereits auf die umfängliche Problematik hingewiesen worden. So sei das Landesamt für Natur und Umweltschutz mit einzubeziehen und die entsprechenden Landesbehörden. Es gehe in die richtige Richtung, durch gezielte Vergrämung in die Population einzugreifen.

Stv. Gliem hält Überpopulation für eine Ursache der Dohlenplage, ist aber gegen eine Ausweitung des Jagdrechts für Dohlen. Vorerst seien die Ursachen zu erforschen. So seien in Borken-Ost auffällig viele Ratten zu beobachten. Hochwasser bzw. eine nahegelegene Mülldeponie könnten ein Grund sein. Auch habe sich die Landwirtschaft sehr verändert und es werde viel Mais angebaut. Vögel und Insekten würden ihren Lebensraum verlieren.

Stv. Flasche weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag ein Signal geben möchte. Wenn sich niemand beschwere, ändere sich nichts an der Situation. Von der Rot-Grünen-Regierung sei die mildeste Maßnahme gegen die Dohlenplage zu erwarten. Nichts zu tun, sei der falsche Weg. Es gebe kaum noch Kiebitze und Singvögel.

Stv. Börger bittet zur Anregung von Stv. Biela über das Protokoll mitzuteilen, wo entsprechendes Futter zur Regelung der Fortpflanzung zu beschaffen sei.

Stv. Biela ist nicht sicher, ob derartige Futtergaben gesetzlich erlaubt seien. In einigen Bundesländern würden Dohlen auf der 'Roten Liste' stehen.

Stv. Niemeyer möchte sich nicht mit einer Resolution zur Jagd auf Dohlen beschäftigen. Sicherlich sei Kritik im Hinblick auf Ökologie, Landwirtschaft und Jagdgesetz angebracht, dazu sei eine Resolution vorstellbar. Als erste Maßnahme, das Jagdrecht zu ändern, sei unsinnig. Die Problematik sei vorhanden. Zunächst müsse man sich sachkundig machen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Vorbereitung einer Resolution an den nordrhein-westfälischen Landtag, um auf Überpopulation hinzuweisen und um Ursachen, Auswirkungen auf andere Tier- und Vogelarten und mögliche Maßnahmen wie z. B. das Jagdrecht auf Dohlen angesichts der Ungleichgewichts in der Tier- und insbesondere Vogelwelt zu thematisieren.

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei:
 25 Ja-Stimmen
 9 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

zu 9 Mitteilungen und Anfragen

sh. Unterpunkt

zu 9.1 Tagespflegediensteinrichtung in Weseke an der Ballbahn

Erster Beigeordneter Nießing informiert über die verbesserte Pflegedienst-Infrastruktur im Ortsteil Weseke mit der Einrichtung eines Tagespflegedienstes an der Ballbahn. Die Genehmigungen würden weitgehend vorliegen. Der Betrieb werde voraussichtlich Anfang 2017 aufgenommen.

gez.

Schulze Hessing
Bürgermeisterin

gez.

Wensing
Schriftführerin